

Alexandra Ommert, Polina Lehmann & Stefanie Freytag

Zugänge zu Verhütung unter den besonderen Bedingungen sozialer Ungleichheit

(Fachforum 127)

Freitag, 15.3.2019, 13.45 bis 15.00 Uhr, TU Berlin

Frauen mit wenig Geld haben schlechtere Zugangschancen zu frei gewählten, individuell geeigneten, sicheren und gesundheitlich verträglichen Verhütungsmethoden. Hürden entstehen aber nicht nur durch finanzielle Probleme der Frauen. Vielmehr gibt es gerade im Kontext von Verhütung eine Reihe von Barrieren, die sich auf den Zugang von Frauen zu Verhütung negativ auswirken. Im Fachforum wurden Barrieren ebenso dargestellt, wie auch Ansätze zur Veränderung. Vorgestellt wurden ein Modellprojekt, das vom pro familia Bundesverband durchgeführt wird (biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung) und in dem in sieben Schwangerschaftsberatungsstellen die Kosten für Verhütungsmittel von Frauen, die Sozialleistungen beziehen oder über ein geringes Einkommen verfügen. Ergänzend dazu wurden von einer Beraterin aus dem Modellprojekt biko die Hintergründe und Praxis einer menschenrechtsbasierten und psychosozialen Verhütungsberatung präsentiert. In einem dritten Beitrag wurden die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung vorgestellt, die die Sicht und die Erfahrungen der Apotheker_innen zur Abgabe der postkoitalen Verhütung nach Ende der Rezeptpflicht untersucht.

Dr. Alexandra Ommert, Projektleitung Modellprojekt biko, pro familia Bundesverband: Zugang zu Verhütung für Frauen mit wenig Geld – Erfahrungen aus dem Modellprojekt biko

Die Ausgangslage, vor dessen Hintergrund das Modellprojekt entwickelt wurde, lässt sich im Wesentlichen auf zwei Befunde zuspitzen: Erstens verzichten Frauen auf sichere Verhütung, wenn das Geld knapp ist¹. Und zweitens gibt es ab dem 22. Lebensjahr keine flächendeckende finanzielle Unterstützung für Verhütungsmittel für Frauen, die Anspruch auf Sozialleistung haben oder über ein vergleichbar geringes Einkommen verfügen. Damit haben diese Frauen geringere Zugangschancen zu selbstbestimmt gelebter Verhütung. Es fehlt eine bundeseinheitliche Lösung, die den Rechtsanspruch für Frauen garantiert.

Aber nicht nur die finanzielle Situation stellt eine Hürde dar. Frauen, die zu strukturell diskriminierungsgefährdeten Gruppen gehören, sind mit unterschiedlichen Barrieren im Zugang zu einer selbstbestimmten Verhütung konfrontiert. Im Modellprojekt biko erprobt pro familia bundesweit an sieben Schwangerschaftsberatungsstellen eine Kostenübernahme von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln für Frauen, die Sozialleistungen beziehen oder die über

¹ „frauen leben 3“ (2016) Eine Studie im Auftrag der BZgA von Cornelia Helfferich u.a.
<https://publikationen.sexualaufklaerung.de/index.php?docid=2729>

ein vergleichbar geringes Einkommen verfügen. Die Kostenübernahme wird hierbei nicht nur als Verwaltungsakt verstanden, sondern auch mit einem freiwilligen Angebot einer menschenrechtsbasierten psychosozialen Verhütungsberatung verknüpft. Das Informations- und Beratungsangebot wird niedrigschwellig und diskriminierungssensibel gestaltet, zum Beispiel durch den Einsatz von mehrsprachigen, unabhängigen und wissenschaftlich fundierten Informationen und die Möglichkeit des Videodolmetschens. Für die Umsetzung des Projektes kommt der Kooperation mit Arztpraxen und Apotheken eine besondere Bedeutung zu und es werden wertvolle Erfahrungen gesammelt. Im Beitrag wurde deutlich, dass es einer bundesweiten, gesetzlichen Regelung bedarf, um den Zugang zu Verhütung insbesondere für Frauen mit wenig Geld zu gewährleisten. (Präsentation anbei)

Kontakt:

pro familia Bundesverband

Dr. Alexandra Ommert

Mainzer Landstr. 250-254

60326 Frankfurt am Main

alexandra.ommert@profamilia.de

www.profamilia.de

www.biko-verhuetung.de

Polina Lehmann, Beraterin im Modellprojekt biko, Landesverband Niedersachsen pro familia: Verhütungsberatung in der Praxis

Wie sicher ist mein Verhütungsmittel? Wie wirkt die Spirale? Welche Nebenwirkung hat die Pille? Welche hormonfreien Verhütungsmethoden gibt es? Diese Fragen sind typische Anliegen mit denen Frauen in die Verhütungsberatung im Rahmen des pro familia Modellprojektes biko kommen.

Eine Entscheidung für oder gegen die Verhütung sowie für eine bestimmte Verhütungsmethode ist eine komplexe Fragestellung, die verschiedene Lebensbereiche der Frau/des Paares betrifft. So spielt z.B. der soziale Status den Klienten und damit verbundene Möglichkeiten bzw. Einschränkungen eine wichtige Rolle bei der Entscheidung. Die ganz persönlichen Einstellungen, Zukunftswünsche, momentane Alltagssituation und zur Verfügung stehenden Strategien diesen zu bewältigen werden ebenfalls in den Entscheidungsprozess miteingeschlossen.

Die Entscheidung ist demnach von mehreren persönlichen Faktoren und Lebenswirklichkeiten der Klientin abhängig. Diese psychosozialen Aspekte der Verhütung nehmen daher in der Beratung einen gesonderten Raum ein. So wird angestrebt die Beratung als eine emphatische, respektvolle Begegnung zu gestalten und durch eine personenzentrierte Gesprächsführung die Welt und die Realität der Klientin zu verstehen und sie bei ihrer ganz persönlichen Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Anhand konkreter Fallbeispiele wurde dargestellt, wie eine menschenrechtsbasierte und psychosoziale Verhütungsberatung in Ergänzung zur medizinischen Verhütungsberatung auf diese Anliegen eingehen kann.

Stefanie Freytag, Hochschule Fulda: Abgabepaxis von Notfallkontrazeption in Apotheken

Moderation:

Beate Herzog, Stellvertretung der Referatsleitung, Referentin für Gewaltschutz und Gesundheit, Stadt Frankfurt am Main

Kristina Nottbohm, pro familia Bundesverband